

RICHTPLAN DIE ST. GALLER REGIERUNG HAT DAS ÜBERARBEITETE RICHTPLANKAPITEL SIEDLUNG ERLASSEN UND BEIM BUND EINGEREICHT



Das Gebiet Porthof in Jona stellt die wichtigste innere Reserve für die langfristige Siedlungsentwicklung der Stadt Rapperswil-Jona dar.

Archiv Kurt Heuberger

«Wir müssen wegkommen vom Bauen auf der grünen Wiese»

Zu den neuen Aufgaben des Richtplans gehört, dass alle Gemeinden ein Konzept für die innere Verdichtung vorlegen müssen. Fakt bleibt: Bauen auf der grünen Wiese ist einfacher als Verdichtung. Um diese möglichst zu machen, sollen die Kommunen mehr Mittel für die Planung investieren.

Regierungsrat Marc Mächler (FDP) und Kantonsplaner Ueli Strauss haben gestern in St. Gallen den überarbeiteten Richtplan vorgestellt. Dieser dürfte am Obersee mit Erleichterung aufgenommen werden: Aufgrund des Richtplans wird klar, dass die beiden Gemeinden Gommiswald und Eschenbach kein Bauland auszonieren müssen. Die Zahl der Kommunen, die auszonieren müssen, sank kantonsweit von 20 auf noch 13. Auf der anderen Seite

können 54 der 77 Gemeinden im Kanton St. Gallen zusätzliches Bauland einplanen.

Mit der Bevölkerung reden

Keine abschliessende Antwort gibt der angepasste Richtplan auf die Frage, ob einzelne Bauprojekte, wie etwa der Golfplatz in Amden, realisiert werden können. Strauss stellte klar, dass Einzelprojekte via jährliche Anpassungen in den Richtplan aufgenommen werden und dass Amden bis

im Herbst das Golfplatzprojekt in die Vernehmlassung schicke.

Zu den neuen Aufgaben des Richtplans gehört, dass alle St. Galler Kommunen ein Konzept für Verdichtungen innerhalb der bestehenden Siedlung vorlegen müssen. Dies bedeute für jede Gemeinde wieder etwas anderes, sagte Strauss. Nun seien die Kommunen gefragt, stellte der Kantonsplaner klar: Sie müssten schliesslich den Richtplan umsetzen und nun mit der Bevölkerung das Gespräch suchen. Danach seien diejenigen Gebiete festzulegen, in denen verdichtet gebaut werden könne. Vorgabe ist, dass zwei Drittel des Bevölkerungswachstums mit

verdichteter Bauweise in städtischen Siedlungen aufgefangen werden soll.

«Die Umsetzung wird nicht einfach», sagte Mächler: Auch wenn viele Leute damit einverstanden seien, dass verdichtet gebaut werde, gebe es Widerstand, sobald solche Projekte vor der eigenen Haustüre geplant seien. «Man muss davon wegkommen, dass das Bauen auf der grünen Wiese der einfachste Weg ist», konstatierte der Vorsteher des Baudepartements. Ein Dilemma bedeute naturgemäss, wenn sich die grüne Wiese mitten in der Stadt befinde: «Einerseits ist diese mit dem ÖV gut erschlossen und eignet sich bestens für eine

Überbauung», führte Mächler aus. Andererseits würde sich die Bevölkerung eine grüne Lunge mitten in der Stadt wünschen.

Meienberg bleibt in Bauzone

Der neue Richtplan bringt zwei wesentliche Neuerungen mit sich: Bei den kommunalen Arbeitsstandorten wird die Obergrenze für Betriebserweiterungen, die keine Anpassung des Richtplans erfordern, auf 5000 Quadratmeter angehoben. Zudem soll die Buserschliessung im Halbstundentakt nur noch in den Hauptverkehrszeiten alle Regionen abdecken.

Im Fokus der Stellungnahmen von Verbänden und Parteien aus

der Region Obersee stand der Meienberg: Das Architekturforum Obersee beantragte die Entlassung des Meienbergs aus dem langfristigen Siedlungsgebiet. Die IG Freiraum Meienberg argumentierte, der Meienberg sei eine weiträumige Parklandschaft: «Das Siedlungsgebiet suggeriert eine Bauzonenreserve. Dadurch wird Bebauungsdruck ausgeübt.» Die St. Galler Regierung begründet die Ablehnung der beiden Anträge damit, dass das Siedlungsgebiet alle als Bauzonen ausgedehnten Flächen umfasse. Eine weitergehende Betrachtung des Meienbergs sei auf der Stufe Richtplanung nicht zweckmässig. *Magnus Leibundgut*

Mit verdichtetem Bauen Zersiedlung stoppen

Der Kanton St. Gallen hat die Arbeiten am Siedlungsteil des Richtplans abgeschlossen. Weil nach neuen Prognosen mehr Bauland ausgedehnt werden könnte als erwartet, bleibt verdichtetes Bauen die zentrale Massnahme gegen die Zersiedlung.

Mit dem neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetz waren wirksame Massnahmen gegen die Zersiedlung angekündigt worden. Im März 2013 wurde es im Kanton St. Gallen mit 64 Prozent der Stimmen angenommen. Nun geht es um die konkrete Umsetzung. Mit den dafür notwendigen Arbeiten biegt nun der Kanton St. Gallen in die Zielgerade ein: Der neue Richtplan zum Thema Siedlung wird noch im Januar dem Bundesrat vorgelegt.

Bis im Sommer könnte er bewilligt sein, hiess es an der Medienorientierung am Mittwoch in St. Gallen.

Bevölkerung wächst stärker

Das kantonale Bau- und Planungsgesetz ist bereits revidiert worden und tritt im Oktober dieses Jahres in Kraft. In der Vernehmlassung zum Richtplan waren 137 Stellungnahmen eingegangen, die zu einigen Anpassungen geführt hatten. So bekommt das Rheintal nun zwei Regionalzentren (Altstätten und Heerbrugg).

Die grösste Veränderung gab es aber wegen neuer Grundlagen, die der Bund lieferte: Der massgebliche Faktor für die Steuerung der Besiedlung ist die statistische Prognose über die Bevölkerungsentwicklung bis 2040. Sie ent-

scheidet darüber, wie viel Bauland in den einzelnen Gemeinden einzogt werden darf.

In diesem entscheidenden Punkt wurden die Werte für den Kanton St. Gallen im Sommer massiv nach oben korrigiert: Statt wie zu Beginn der Arbeiten mit einem Wachstum um 45 000 Personen, wird nun mit 80 000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern gerechnet.

Eine der Folgen dieser Korrektur ist, dass die mögliche Baufläche für den ganzen Kanton von 150 auf 450 Hektaren angestiegen sei, erklärte Kantonsplaner Ueli Strauss. Mit dieser Erhöhung der Wachstumsziele seien Verdichtungen die Chance, «die wir packen müssen, um die Zersiedlung stoppen zu können», betonte der neue St. Galler Bauchef Marc Mächler.

In den Köpfen der Bevölkerung müsse dafür aber ein Umdenken stattfinden, forderte er. In ländlichen Gemeinden könne es um die Erhöhung der Bauten von drei auf vier Geschosse gehen; in der Stadt St. Gallen sei das Thema eher eine Erweiterung von fünf auf acht oder neun Stockwerke.

Neubauten statt Scheunen

Es sei vieles möglich, zeigte Strauss sich überzeugt. In Lichtensteig sei es durch verschiedene Massnahmen gelungen, in der bestehenden Bausubstanz des Städtchens Platz für 180 zusätzliche Einwohner zu finden. Es gebe Gemeinden mit leer stehenden Scheunen im Ortszentrum, die abgerissen werden könnten, um Platz für Neubauten zu schaffen. Oder es lasse sich, wie in Rorschach, brachliegendes

Industrieareal finden, das neu genutzt werden könnte. *sda*

ANZEIGE



Markus Hungerbühler
CVP-Gemeinderat
Geschäftsleiter

«Für ein sicheres und funktionsfähiges Verkehrsnetz in den Agglomerationen.»

www.NAF-ja.ch

Am 12. Februar
JA
zum NAF

So fährt die Schweiz gut.

ANZEIGE

Verein Zusammenschluss Oberlandstrasse

Oberland-Autobahn: Lücke schliessen!



Hans-Ulrich Bigler
Nationalrat FDP, Direktor Schweiz, Gewerbeverband

Cornelia Keller
Kantonsrätin BDP

Bruno Walliser
Nationalrat SVP, Gemeindevorstand, Volketswil

Am 12. Februar
JA
zum NAF

Verein 205, Postfach 209, 8494 Bauma
www.oberlandstrasse.ch